

Correspondent.

Erstausg.:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Herantträger.
1 Mark 30 Pfg. durch die Post.

N. 227.

Donnerstag den 16. November.

1893.

Die neue Reichstagsession.

Am heutigen Tage tritt der am 15. Juni gewählte Reichstag zu seiner ersten Geschäfts-session zusammen. Die acht Sitzungen, welche das Haus im Juli über die Militärvorlage gehalten, haben zwar ein politisch in hohem Grade bedeutungsvolles Ergebnis gehabt; die Annahme der von dem früheren Reichstage abgelehnten Militärvorlage. Aber da die Verhandlungen sich ausschließlich auf die Frage: annehmen oder ablehnen bezogen, so hat der Reichstag im Uebrigen seine Tätigkeit gehabt, zu zeigen, was Geldes Kind er ist. Zunächst hat er der bevorstehenden Session die Entscheidung der Frage überlassen, auf welchem Wege die Kosten der Heeresvermehrung in Zukunft bestritten werden sollen. Im Juli war zur Erörterung dieser Frage, die, nebenbei bemerkt, auch bei allen früheren Sessions über militärische Organisationsfragen offen gelassen worden ist, keine Zeit, und im Uebrigen ist es nach der Verfassung selbstverständlich, daß wenn eine Verhängung über eine anderweitige Ordnung nicht zu Stande kommt, die Mehrausgaben durch Naturalbeiträge der Einzelstaaten zu decken sind. Die Kosten der Militärvorlage für das Halbjahr 1. October 1893 bis 31. März 1894 in Höhe von 22 Millionen Mark fallen also den Einzelstaaten zur Last. In der Juli-Session ist nur im Prinzip durch die Erklärung des Reichstanzlers festgesetzt worden, daß die Kosten in Zukunft möglichst den stärkeren Schultern aufgelegt werden. Der ganze Verlauf der Wahlbewegung ließ erkennen, daß die überwiegende Zahl der Wähler die früheren Bedenken gegen die Militärvorlage unter dieser Voraussetzung und unter derjenigen der dauernden Erhaltung der zweijährigen Dienstzeit zurückgebrängt hat. Es wird die erste Aufgabe des Reichstags in der bevorstehenden Session sein, die neuen Lasten den stärkeren Schultern aufzulegen. Vor allem aber muß auch die Reichsregierung wieder auf den schon im Herbst 1892 eingeschlagenen Weg eintreten, zunächst die aus den Beiträgen der Branntweinsteuer bestehenden 40 Millionen Reichsmark für die Branntweinbrenner, welche das Geld von 1887 eingeführt hat, in die Reichskasse zurückfließen zu machen. Die weiteren 15-20 Millionen Mk., welche die Militärvorlage erfordert, können dann ja durch eine schärfere Eranzüfung des Börsenverkehrs zu den Reichsteuern gedeckt werden. In den zur Zeit in Aussicht genommenen neuen Reichssteuerprojekten der Regierung ist die Absicht, die schwächeren Schultern zu schonen, wenig zu erkennen. Die neue Tabakfabriksteuer kann einen Mehrertrag von 40-50 Millionen Mk. nur bringen, wenn die billigeren Tabake, die 20 Prozent des gesammten Verbrauchs ausmachen, die Hauptlast tragen. Eine so starke Mehrbelastung des Verbrauchs muß aber einen erheblichen Rückgang desselben nach sich ziehen und dadurch die gesammte Tabakindustrie schwer schädigen. Man berechnet allein die Zahl der brodlos werdenden Cigarrenarbeiter auf 40-50 000! Die Fassung, in welcher das Reichssteuerprojekt vorgelegt wird, steht endlich noch nicht fest. Die süddeutschen Staaten erheben Landessteuern vom Wein. Von Reichwegen sollen diese mit der Beschränkung verboten, daß der Reichsteuer nur die Weine, die von den wohlhabenderen Klassen konsumirt werden, unterliegen. Die Grenze zwischen Landessteuern und Reichsteuern ist noch freilich. Werden die Weine in dem Werth von 50 Mk. das Hektoliter und mehr der Reichsteuer unterworfen, so trifft diese in den Weinbauländern auch das Getränk des kleinen Mannes; wird die Grenze höher gesetzt, so bleibt für das Reich nur die wenig ergebnisse Besteuerung der feinen Weine übrig. Der Mehrertrag der Tabaksteuer ist auf 45, die Einnahme aus der Weinsteuer auf 17 Millionen veranschlagt, darnach müßte also die Erhöhung bez. Umverteilung der Reichssteuerabgaben, Emissionsstempel, Umsatzstempel, Lotterien, Dattungen, Gebühren, w. Stempel nicht weniger als 38 Millionen in die Reichskasse liefern, falls nach dem Plan des

preussischen Finanzministers mit der Deckung der Kosten der Militärvorlage die sogenannte Reform des Reichsfinanzwesens zur Ausführung gebracht werden soll. Der Gedanke, der durch die Bismarck'sche Steuerpolitik herbeigeführten Verquickung von Reichs- und Einzelstaatsfinanzen ein Ende zu machen, ist ein sehr glücklicher; aber die schon an sich nicht ganz unbedenklichen Miquel'schen Vorschläge sind auf der Frankfurter Finanzministerkonferenz in partikulärläufigem Sinne verballhornirt worden. Nach den jetzigen Vorschlägen kommen alle Vortheile der Trennung zwischen Reichsfinanzen und Landesfinanzen den Einzelstaaten zu Gute; alle Nachteile fallen auf das Reich; und da im Reich die indirecten, in den Einzelstaaten die directen Steuern überwiegen, so werden die stärkeren Schultern zu Ungunsten der schwächeren belastet. Uebrigens wird die Eintragung der Steuerlast im Reich für die Zukunft ausschließlich den schwächeren Schultern aufgebürdet. Daß gerade dieser Reichstag durch die Zustimmung zu der Vorlage sich mit den Voraussetzungen, unter denen er gewählt ist, in so schroffen Widerspruch setzen wird, muß bei uns Weltweiser bezweifelt werden.

Für die innere Entwicklung des Reichs wichtiger als die finanziellen Fragen sind die wirtschaftlichen, die in der Entscheidung darüber kumuliren, ob die Handelsvertragspolitik, wie sie durch die Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz und Belgien eingeleitet worden ist, weitergeführt werden soll. Der Reichstag wird sich zunächst mit den neuen Verträgen mit Spanien, Serbien und Rumänien und mit der Frage der Einweisung der Zuschlagszölle gegen Rußland, späterhin hoffentlich auch mit einem Handelsvertrag mit Rußland zu beschäftigen haben. Die in dem Verträge mit Oesterreich-Ungarn erfolgte und allen Vertragsstaaten zu Gute kommende Erhöhung der Getreidezölle von 5 auf 3 1/2 Mark für die nächsten 12 Jahre ist der Ausgangspunkt einer großen, gegen die Caprivio'sche Handelspolitik gerichteten agrarischen Bewegung geworden. Das Zusammenreffen dieser Zollermäßigung mit einem Rückgang der Getreidepreise in Folge guter Ernten hat den Agrarier, die in der Politik des „neuen Kurses“ eine Verachtlichung ihrer Sonderinteressen sehen, einen wirksamen Hebel in die Hand gegeben, um die deutschen Landwirthe im „Bund der Landwirthe“ zu einem Stimulanz gegen den Grafen Caprivi zu organisiren. Die Erfolge, welche die Agitation des Bundes bei den Neuwahlen zum Reichstage und neuerdings bei den preussischen Landtagswahlen gehabt, werden die Agrarier im Reichstage anporren, das Aeußerste zu wagen, um diesen Reichstanzler zu befechtigen und selbst das Steuerwunder in die Hand zu bekommen. Gelingt das nicht, so wird die agrarische Fluth sich eben so schnell wieder verlaufen, wie sie gekommen ist. Die deutschen Landwirthe werden dann sehr bald erkennen, daß auch die Quacksalbmittel, mit denen der Bund der Landwirthe operirt, nicht im Stande sind, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe zu treiben und dann werden unsere Landwirthe — leider zu spät! — begreifen, daß sie eine kostbare Zeit verloren haben und daß die Besserung der Lage der Landwirthschaft nur die Wirkung eines rationalen Betriebes sein kann. Nach der einen wie nach der andern Seite wird die bevorstehende Session des Reichstags ausschlaggebend sein.

Politische Uebersicht.

Der Oesterreichische Reichsrath ist zum 23. November wieder einberufen worden. — Graf Kalnoky, der Oesterreichische Minister des Auswärtigen, ist am Dienstag in Mailand eingetroffen. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hätte Graf Kalnoky angefragt, ob er sich dem König und der Königin vorstellen dürfe, worauf der König den Grafen zu Mittwoch nach Monza eingeladen habe. Auf eine Einladung des Königs wird auch der italienische Minister des Auswärtigen, Brin, dem Empfangen beizohnen.

Brin hat sich zu diesem Zwecke bereits nach Mailand begeben. — Der ungarische Kultusminister Graf Csáky ist Mitglied des Reichstages und folgte zum Nachfolger des Präsidenten des Oberhauses und Kronrathes, Freiherrn Bay von Baja, welcher seines hohen Alters wegen auf seinen Rücktritt drängt, ausersuchen. Graf Csáky werde entweder sofort oder nach der förmlichen Einbringung des Gesetzesentwurfes aus dem Kabinete ausscheiden. Als sein Nachfolger wird Graf Julius Anbáffy bezeichnet.

Ueber Anarchistenverhaftungen in Frankreich wird Folgendes gemeldet: In Perpignan nahm die Polizei den Italiener Antonio Rinaldi, welcher aus Barcelona dafelbst eingetroffen war, fest. In dem mit ihm vorgenommenen Verhör erklärte er, Anarchist zu sein. Man glaubt, daß Rinaldi der Urheber des Attentats im Teatro Liceo in Barcelona sei, doch leugnet er jede Theilnahme an demselben. — In Besancon wurden zwei Anarchisten wegen Verstellung von Plakaten verhaftet, in denen das Attentat in Barcelona verherrlicht wird. Ferner hat die französische Regierung einen Beamten nach Spanien geschickt mit dem Auftrage, über das Vorleben der in Barcelona verhafteten französischen Anarchisten Nachforschungen anzustellen. Man glaubt, dieselben dürften tathin führen, daß die Auslieferung verlangt wird. — Auf den früheren serbischen Gesandten in Paris, Georgiewitsch, wurde bei der Durchreise durch Paris, als er in einem Restaurant der Rue des Petits Champs dinstete, ein Attentatsversuch gemacht. Ein Schuhmacher brachte ihm mit einem Schußmesser einen Stich in die rechte Seite bei. Die Verwundung ist nicht sehr schwer. Der Urheber des Attentats wurde verhaftet. Der Attentäter heißt Kautzier. Man vermutet, er sei geisteskrank. Einzelne Blätter glauben, es handle sich um ein anarchistisches Attentat. Der Zustand Georgiewitsch hat sich etwas verschlimmert, ist aber keineswegs lebensgefährlich.

Bezüglich einer Station für das russische Mittelmeer geschwader in griechischen Gewässern hat Admiral Welane Verhandlungen mit der griechischen Regierung angeknüpft. Die Wahl wird entweder auf Milo oder auf Navarin fallen.

Zur Revolution in Brasilien wird gemeldet, daß einer der hervorragendsten Admirale der brasilianischen Flotte, de Gama, sich den Aufständischen angeschlossen hat und jetzt die Operation von Rio leitet. Seinem Beispiel sind mehrere Land- und Seesoldaten gefolgt. — Wie der „World“ aus Rio de Janeiro vom 8. d. M. gemeldet wird, haben die Aufständischen das Arsenal von Santa Lucia angegriffen. Eine Stunde lang wurde in der Nähe des Hospitals gekämpft, wobei das Hospital von zahlreichen Kugeln getroffen und mehrere Kranke verwundet wurden.

Zum Präsidenten der serbischen Stupschina wurde der Kabale Pasitsch gewählt, zu Vizepräsidenten die Kabalen Ratitsch und Bulkovitsch. — Wegen der Untererschleife, die serbische Beamte mit gefälschten Marken, Wechselblankets u. s. w. Jahre lang zum Schaden der Staatskasse verübt haben, sind bisher zwanzig Verhaftungen vorgenommen worden und weitere stehen im ganzen Land bevor, da die Fälscher in den meisten Städten Verkaufsstellen eingerichtet hatten. Der dem Staate zugefugte Schaden übersteigt nach den bisherigen Ermittlungen schon 1 Million Francs.

Die Niederlage der Demokraten bei den amerikanischen Staatswahlen stellt sich nach dem nunmehr vollständig vorliegendem Ergebnis als eine unerwartet große heraus. Im Staat New-York, wo die Demokraten seit sechs Jahren gestiegen haben, erlangten diesmal die Republikaner eine Mehrheit von 80 000 Stimmen. In Brooklyn ist der Republikaner Schieren mit einer Mehrheit von 28 647 Stimmen gegen den Demokraten Boby zum Mayor gewählt worden. Die republikanische Mehrheit in der Legislatur des Staates New-York beträgt 16. Die Republikaner haben auch in Iowa

und in Massachusetts mit 30000 Stimmen Mehrheit gestiftet. Bei der letzten Wahl in Iowa hatte der demokratische Kandidat eine Mehrheit von 8000. In Ohio ist Mc. Kinley mit einer Mehrheit von 70000 Stimmen gewählt — es ist dort die größte Mehrheit seit 30 Jahren. Bei der Wahl im Jahre 1891 betrug seine Mehrheit nur 21000. In Pennsylvania beträgt die republikanische Majorität 100000. Die Republikaner gewinnen auch Süd-Dakota.

Vom spanisch-marokkanischen Kriegeschauplatz liegen neue Nachrichten vor. Am Sonntag Abend 10 Uhr drangen die Kabylen auf das spanische Gebiet vor und eröffneten sofort ein lebhaftes Gewehrfeuer gegen die Stadt und die Forts, welches von spanischer Seite erwidert wurde. Das Feuer wurde während der ganzen Nacht unterhalten. Montag Vormittag zogen sich die Kabylen in ihre Brezungen zurück und setzten von dort das Feuer mit Unterbrechungen fort. Durch Ausschiffung eines weiteren Regiments ist die Garnison von Melilla auf 11000 Mann gestiegen. Die elektrischen Scheinwerfer des Forts Cabras und des Kreuzes „Benavito“ hielten während der letzten Nacht die Kabylen in Furcht und ermöglichten es der Artillerie, die Quartiere zu bombardieren. Zahlreiche Kabylen wurden getötet. — Der marokkanische Minister Mohammed Tons macht bekannt, er habe ein Schreiben des Sultans an die Häuptlinge der Kabylen gesandt mit der nachdrücklichen Aufforderung, während der Verhandlungen angeht die Regelung der Ausfuhr des Wertes von Wadras, die Feindseligkeiten einzustellen.

Aus Dahomey meldet der „Tempo“, General Dobbs habe Aufschreie eingenommen, wo Behanin seine Residenz aufgeschlagen hatte. Die Dahomeyer sollen sich unterworfen und 400 Gewehre, 4 Kanonen und Munition ausgeliefert haben. Wie der „Tempo“ weiter meldet, hätte General Dobbs Abgesandte der benachbarten Stämme empfangen, welche das Versprechen abgegeben, Behanin an der Flucht zu verhindern. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung des „Tempo“ fehlt.

Deutschland.

Berlin, 15. Nov. Nachdem der Kaiser am Montag bei der Ankunft in Rudolfs vom Fürsten Wignowichy und dessen Sohn empfangen worden, fand im kaiserlichen Schlosse die Abendgesellschaft statt. An derselben nahmen noch folgende Persönlichkeiten teil: Graf und Gräfin Redern, Fürst und Fürstin Hagelberg-Trachenberg, Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, Graf zu Guleuburg, Graf Solms, Graf Schirfisch-Renard, Dr. Leubold und außerdem viele Offiziere. Am Dienstag nahm der Kaiser an der von dem Fürsten Wignowichy veranstalteten Faschensgesellschaft teil. Heute genast der Kaiser in Potsdam wieder eintreffen. Die Kaiserin ist in der Nacht zum Dienstag aus Dresden nach Potsdam wieder zurückgekehrt. — Die Kaiserin Friedrich empfing gestern Mittag den Reichskanzler Grafen von Caprivi und beehrte ihn mit einer Einladung zum Frühstück. — Prinz Heinrich wird heute mit seiner Gemahlin im Neuen Palais bei Potsdam aus Darmstadt eintreffen, um den Kaiser zu den Hofjagden nach Kehlungen zu begleiten. — Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, wird mit seiner Gemahlin und seinem jüngsten Sohne in den nächsten Tagen von Schloss Kamenz in Berlin eintreffen und dort einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen, um sich dann für die Wintermonate nach Braunschweig zu begeben.

(In Gegenwart des Kaisers) findet am Donnerstag den 16. Nov. d. J. von 12^{1/2} Uhr mittags ab, im Lustgarten in Berlin die Vereidigung der Rekruten der Garnisonen Berlin, Spandau, Charlottenburg und Gr. Lichterfelde statt. — Wie aus Kiel gemeldet wird, trifft der Kaiser Mitte nächster Woche zur Flottenbesichtigung und Rekrutenvereidigung dort ein.

(Der Bundesrath) hat bereits den gesammten Etat für 1894/95 und die Handelsverträge mit Serbien, Spanien und Rumänien zur Vorlegung an den Reichstag bereitgestellt. Die Beratung der Steuerentwürfe steht noch aus.

(Das Staatsministerium) trat Dienstag Nachmittag zu einer Plenarsitzung zusammen.

(Mit dem Herzog von Cumberland) sind die Verhandlungen, einer Meldung des „Hannover Couriers“ zufolge, jetzt definitiv abgeschlossen. Die königliche Bibliothek und das Museumswesen verbleiben während der Stadt Hannover.

(Zum Handelsvertrag mit Russland.) Von offizieller Seite wird bestätigt, daß das bisherige Ergebnis der comissarischen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Russland noch einmal der Deputations durch den Zollbeirath unterliegen soll, worauf eine nochmalige Verhandlung über die Tariffragen stattfinden wird. In der letzten beendigten zweiten Beratung haben, wie offiziell bemerkt wird,

die russischen Delegirten „dem Einzelnen einige Zugeständnisse gemacht.“ Falls der Zollbeirath diese Zugeständnisse nicht für ausreichend erachtet, wird das Zustandekommen einer Verständigung mit Russland davon abhängen, ob die russischen Bevollmächtigten ermächtigt werden, weitere Zugeständnisse zu machen.

(Gegen die Verleppsch'schen Pläne) und die Organisation des Handwerks hat sich auch der Gausstag der Schwarzwälder Gewerbevereine und ebenso der Gausstag der mittelbadischen Gewerbevereine ausgesprochen.

(Die „Kreuztg.“) ruft dem „Hann. Cour.“, der, ganz wie an dieser Stelle geschehen, die Veröffentlichung der anlässlich des Hannoverischen Wucher- und Spielersprozesses gegen Angehörige der Armee ergriffenen Maßregeln verlangt hat, ein paathetisches „Handweg“ zu. Das sei eine interne Angelegenheit der Armee. Sollte es der „Kreuztg.“ unbekannt sein, daß die Kabinetsordre aus dem Jahre 1874, auf welche sich die neuerdings ergänzte Kabinetsordre beruft, seinerzeit ebenso veröffentlicht worden ist, wie die Ordre von 1890 gegen den Luigs in der Armee? Die neueste Ordre sollte um so rascher veröffentlicht werden, weil die Mißstände, die in derselben bekämpft werden, vor der weitesten Öffentlichkeit bloß gelegt worden sind.

(Die Jesuiten.) Unter den ersten Initiativanträgen aus dem Hause in der bevorstehenden Reichstagsession wird sich der Antrag des Centrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes befinden. Das Centrum legt großen Werth darauf, diesmal nicht nur die allgemeine Erörterung herbeizuführen, sondern es auch zu einer Abstimmung zu bringen, deren Ergebnis für die Stellung dieser zu andern Parteien von Wichtigkeit werden könnte. Wie eine Abstimmung hierüber ausfallen wird, läßt sich nicht vorhersehen. Für den Antrag werden jedenfalls das Centrum, die Polen und die Sozialdemokraten stimmen. Die Freisinnigen und die Konservativen dürfen sich bei der Abstimmung spalten. Geselbster werden gegen den Antrag die Rationalen stimmen.

(Zur Tabaksteuerfrage.) Die zeitlich an dieser Stelle mitgetheilte Berechnung der „Dtsch. Tabakztg.“, wonach schon aus der Zehnfache, daß die Tabaksteuererlöse nur eine Einnahme von 104 Millionen (brutto) voraussetze, der Schluß zu ziehen ist, daß die Regierung mit einem Rückgang des Consums um 29 pCt. rechnen, wird in offiziellen Kreisen beanstandet. Bei der Berechnung der „Dtsch. Tabakztg.“ sei außer Acht gelassen, daß die Tabaksteuer in Zukunft ganz wegfalle und der Tabakzoll auf 40 Mk. ermäßigt werde. Der Gesamtwert der in Deutschland verbrauchten Tabakfabrikate, den die „Dtsch. Tabakztg.“ auf 302 Mill. Mk. berechnet habe, sei also um 33 Mill. zu vermindern. Zumerhin würde auch dann noch eine höhere Einnahme aus der Tabakfabrikatsteuer herauskommen, als die Regierungsvorlage annimmt, die doch eine „wesentliche Consumverminderung“ überhaupt nicht erwartet. Aber wird auch jetzt nicht mitgeteilt, auf welcher Grundlage die Ertragsberechnung der Regierungsvorlage beruht. In einer offiziellen Zuschrift an den „Hann. Cour.“ findet sich indessen eine Anbeutung in dieser Beziehung. Das Reichshagamt hat nämlich bei der Ertragsberechnung die Schätzungen von Sachverständigen bei Cigaretten um 16 pCt., bei Rauchtabak um 8 pCt. ermäßigt, und zwar nicht sowohl, weil der Verbrauch „um soviel zurückgehen werde, als um bei der Ungenauigkeit der Schätzungen sicher zu gehen.“ Mit anderen Worten: das Reichshagamt erwartet keine wesentliche Verminderung des Verbrauchs nach Einführung der Tabakfabrikatsteuer, weil es, „um sicher zu gehen“, die Verminderung des Gesamtverbrauchs zur Voraussetzung für seine Ertragsberechnung gemacht hat! Es fehlt jetzt nur noch eine Aufklärung darüber, ob das Reichshagamt auch die Zahl der bei der Cigarettenfabrikation beschäftigten Arbeiter um 30 bis 40000 Köpfe niedriger angenommen hat, als sie bisher gewesen ist, um behaupten zu können, daß eine wesentliche Verminderung der Arbeiterzahl nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht zu erwarten sei. Das ist doch nur ein Streich um Worte.

(Was will der Bund der Landwirthe?) Im März d. J. brachte das „Vulvener Wochenblatt“ einen Bericht über eine Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins des Oberbairner Kreises, in dem bemerkt war: „Die Abwesenheit des Herrn Landraths wurde bedauert.“ In der Sitzung hatte es sich um den Anschlag an die Bestrebungen des „Bundes der Landwirthe“ gehandelt. Der Bericht gab einem der Hauptmacher der agrarischen Bewegung in jenem Kreise, dem Freiherrn v. Gerdardstein-Klosterdorf Anlaß zu einer Verächtigung. Freiherr v. Gerdardstein schrieb darin: „Daß der Herr Landrath als Regierungsbekannter nicht für eine Bewegung eintreten kann, die doch hauptsächlich gegen die jetzige Regierung (den neuen Kurs) gerichtet ist, ist natürlich. Seine Abwesenheit

wurde also nicht bedauert.“ Das war im Frühjahr. In dem neuen Abgeordnetenhaus aber sitzen 43 Landräthe, von denen die große Mehrheit von der konservativen Partei aufgestellt und mit Hälfte des Bundes der Landwirthe gewählt ist.

(Die landwirthschaftlichen Vereine und das Vereinsgesetz.) Aber das Verhältnis der landwirthschaftlichen Vereine zu dem preussischen Vereinsgesetz ist eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts in Berlin ergangen. In der Verammlung des landwirthschaftlichen Vereins zu Demmin war über die Besteuerung der Landwirthschaft und die in Berlin stattgehabte Verammlung des Bundes der Landwirthe referirt worden. Eine politische Anwendung der Verammlung hatte nicht stattgefunden. Das Schöffengericht hatte nach der erhobenen Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes auf Freisprechung, die Strafkammer zu Greifswald aber auf Verurteilung der in der Verammlung als Redner aufgetretenen sieben Personen zu 15 bis 20 Mk. Geldstrafe erkannt. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf Zurückweisung der Revision, indem er sich den Gesichtspunkten des Vorberichtes im Wesentlichen durchaus angeschlossen. Allerdings seien landwirthschaftliche Vereine, welche lediglich die Beförderung der Landwirthschaft bezwecken und keine öffentlichen Angelegenheiten verhandeln, nicht zu der betreffenden Anzeige verpflichtet, hier aber seien diese Grenzen überschritten worden, indem man über die Besteuerung der Landwirthschaft, also über eine politische Frage, verhandelt. Dadurch, wie durch die Verhandlung über die Ergebnisse der Verammlung des Bundes der Landwirthe, sei die Verammlung nicht mehr eine rein landwirthschaftliche geblieben, sondern eine politische geworden. Daß den landwirthschaftlichen Vereinen eine bevorzugte Ausnahmestellung vor anderen Vereinen und eine Befreiung von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes von 1850 zu Theil geworden, sei nicht anzunehmen. — Vorbehalten Urtheil des Kammergerichts ist von großer Tragweite für alle landwirthschaftlichen Vereine Preussens. Denn es giebt unter denselben jetzt wohl kaum noch einen einzigen, der nicht öffentliche Angelegenheiten und politische Angelegenheiten erörtert. Solche landwirthschaftlichen Vereine haben also fernerhin nicht nur ihre Verammalungen auszuweiden und Mitgliederlisten einzureichen, sondern dürfen auch nicht mehr mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Comitees, Ausschüsse, Centralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gemeinsamen Schriftwechsel.“ Das Urtheil des Kammergerichts stellt also die ganze Organisation der landwirthschaftlichen Vereine in Frage, es sei denn, daß die landwirthschaftlichen Vereine sich künftig darauf beschränken, ohne Erörterung öffentlicher oder politischer Angelegenheiten, nur das materielle Wohl ihrer Mitglieder zu fördern. Obgleichs Recht für Alle diese Grundlag muß endlich auch gegenüber den landwirthschaftlichen Vereinen zur Geltung gelangen. Am besten wäre es freilich, wenn jene lästigen Beschränkungen im Vereinsgesetz allgemein zur Aufhebung gelangten.

(Die Berliner Stadtverordnetenwahlen) in der dritten Abtheilung haben am Montag stattgefunden und zur Wahl von 16 Liberalen und 6 Sozialdemokraten geführt. In 3 Bezirken hat die Entscheidung durch Stichwahlen stattgefunden, und zwar in 2 Bezirken zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, in einem Bezirk zwischen einem Liberalen und einem Antisemiten oder Konfessionellen. Die betreffenden Bezirke, für welche Stichwahlen stattfinden, waren bisher vertreten durch 3 Liberale, 4 Antisemiten oder Konfessionellen und 3 Sozialdemokraten. Das Ergebnis der Wahl bedeutet also eine Verstärkung der Sozialdemokratie in der Stadtverordneten-Verammlung auf Kosten der Konfessionellen und Antisemiten. Der Rückgang der konservativ-antisemitischen Partei ist das Charakteristische des Wahlergebnisses. Dieser Rückgang hat allerdings im November 1891 begonnen. In Folge dessen war die konservativ-antisemitische Partei bereits auf vier Mann in der Stadtverordneten-Verammlung zusammengeschmolzen. Jetzt sind diese vier Plätze auch verloren. Nur ein einziger Antisemit und Konfessionell, Oberherr zu Henzig, hat noch die Möglichkeit, in die Stadtverordneten-Verammlung durch Stichwahl zu kommen. Das also ist das Ende des Ansturms auf das rote Haus, welchen Fürst Bischoff 1880 infolge der Schaffung einer besonderen konservativ-antisemitischen Kadapartei für Berlin die sozialdemokratische Partei zählte und die 42 Stadtverordneten der dritten Abtheilung seiner 14 Mitglieder. Künftig wird diese Zahl betrugen. Außerdem kommen noch zwei Stichwahlen in Frage. Die Gesamtzahl der Berliner Stadtverordneten beträgt 126, von denen je 42 auf die vier Wahlklassen entfallen.

Pfannenkuchen und Spritzkuchen

empfehlen in bekannter Güte
Gustav Schönberger jun.

Ballschuhe,
 schönste, sowie haltbare Waare, billigst.
 Auch größte Auswahl in

Gummischuhen.
 Gummische und Pantoffeln bester Qualität, sowie warme Stoffstiefeln
kleine Ritterstraße 1.

Kanarienvogel.
Hohlroller.
 Um damit zu räumen verkaufe Kästchen und Weibchen zu jedem annehmbaren Preise.
Lauchstädter Straße 18.

Nächste Ziehung: Berlin.
Rothe-Lotterie. 16870 Geldeinheiten
 Hauptgew. 100 000 Mk., 50 000 Mk. bar.
 1/4 Mt. 3.—, 1/2 Mt. 1.60, 3/4 Mt. 1.5
 1/4 Mt. 1.—, 1/2 Mt. 9.—, Bisse u. Borte 30 Bf.
Leo Joseph, Bankgäßl., Berlin W.,
 Potsdamerstr. 71.

Bilderei-Verzeichnisse, schönste Muster
Wendhauer Straße 6.

Lebensmittel

in nur empfehlenswerthen guten und besten
 Qualitäten zu billigsten Preisen
 empfiehlt die

Holländische Butterhandlung,
7 Oelgrube 7.

Zucker-Eiseln a Pfd. 21 Bf.
Weiße Wobnen a Pfd. 12 Bf.
 1/2 gefä. Erbsen a Pfd. 19 Bf.
 1/2 gefä. Erbsen a Pfd. 17 Bf.
Grüne Erbsen a Pfd. 16 Bf.
Gelbe Erbsen a Pfd. 16 Bf.
 Bei Entnahme von 3 Pfd. billiger.
Schlagungswoll

Th. H. Schmidt.

Cord-Pantoffeln
 mit Ledersohle, nur solche Waare, von 40 Pfd.
 an, empfiehlt

Mehne.
 ist noch eine Partie auf Lager und verkaufe
 diese wegen Aufgabe dieses Artikels unter Ein-
 laufspreis. **D. O.**

Bon Holzschuhen
 ist noch eine Partie auf Lager und verkaufe
 diese wegen Aufgabe dieses Artikels unter Ein-
 laufspreis. **D. O.**

Oberhemden,
 gut sitzend, nach Maas, fertige mit jedem Schnitt
 große Auswahl in Einfähen.

Herren, Damen- und Kinderwäsche,
 jede Weiswägerei liefert in sauberer Aus-
 führung nur von erprobten Arbeitkräften
 billig.

Ed. Zentgraf-Heber.

Wer schnell und mit geringsten Kosten
 Stellung finden will, besorge per Post-
 tante die „Deutsche Waagen-Vers.“ in Gf-
 lingen a. N. (H. 75987.)

Bierhandlung

Heinr. Schultze jun.,
Morsburg,
 H. Ritterstr. 18. H. Ritterstr. 18.

Empfehle:

Gulabacher Export	16 Pfd. für 3 Mt.
Wülfener Hopfer	16 „ „
Wülfener Bräu	24 „ „
Wülfener Lagerbier	30 „ „
Gräher	20 „ „
Schwarzbier	24 „ „
Präpariertes	25 „ „
Wülfener Lagerbier	30 „ „

Franco Haus
 ohne Flaschen, dieselben selbstweife.

Bruch-Chocolade

a Pfd. 1.20 und 1.00 Mk. empfiehlt
Gustav Schönberger jun.

Grüne Schnittbohnen,
 selbst eingemacht, zart und weich kochend,
 empfiehlt **A. Speiser.**

Breitestr. 21. Puppen-Klinik. Breitestr. 21.

Reparaturen an Gelenkpuppen
 werden schnell und billig ausführt; einzelne fehlende Theile ergänzt. Um recht haltbare Be-
 stellungen bittet **H. Limprecht, Buchbindernstr.**

Alle Leder- u. Galanteriearbeiten

werden sauber ausgeführt, Stickerien angeben, Einrahmungen von Bildern und
 Photographien in Holz- und Silberrahmen angefertigt von
H. Limprecht, Buchbindernstr., Breitestrasse 21 I.

Festspiel-Aufführung

Donntag den 19. November
im Saale der Kaiser-Wilhelms-Halle.
Die Zerstörung Jerusalems

durch den römischen Feldherrn Titus im Jahre 70 nach Chr.
 Historisches Schauspiel in 5 Akten und 1 Vorspiel.
 Ausgeführt von 30 Personen der hiesigen kath. Gemeinde in alt-römischen und
 morgenländischen Trachten.

Unter Mitwirkung der Stadtkapelle.
Zum Schluß: Darstellung lebender Bilder.
Preise der Plätze: Sterkpl. (nummerirt) 75 Pf., Saal 50 Pf.,
 Gallerie 30 Pf. Im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Böhm (in Firma Gebr.
 Schwarz), Markt 34.

Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.
 Es findet nur diese eine Aufführung statt. **Das Festspielcomité.**

Abschlüsse auf Zuckerrüben

zur Ablieferung auf Bahnhof Merseburg, für
Zuckerfabrik Körbisdorf,
 werden unter günstigen und coulanten Bedingungen durch mich ver-
 mittelt.

Ed. Klaus.

Stadtverordneten-Wahl!

Der unterzeichnete Vorstand erlaubt sich **sämmtliche**
Wähler der
I., II. und III. Abtheilung

zu einer **Freitag den 17. November 1893, abends 1/2 9 Uhr,**
im „Zivoli“

stattfindenden **Versammlung** ergebenst einzuladen.
Tagesordnung:

Aufstellung der Candidaten für die bevorstehenden
Stadtverordnetenwahlen
Der Vorstand des Bürger-Vereins für städtische Interessen.

Meh-Rücken,
 -Kohlen u. -Blättchen
 empfiehlt billigst **G. Wolff.**

frischgeschliffene große
H a s e n

a Stück Mk. 3.—, kleinere von Mk. 1.50 an,
 treffen heute ein und empfiehlt **E. Wolff.**

Heute **Donnerstag**
frische hausgeschlachte Wurst
 empfiehlt **Fr. Adler,**
 große Elststraße 7.
 Bassefbes (s. 8224/11 s.)

Weihnachtsgeschenk.

Alteutsche Bibel; insbesondere:
 Schreibetische a 75 Mt., Zerfortische a 16.—,
 Schreibetische a 28.50, Truhen a 20.—,
 Wartburgische a 60.—, Schmelz a 6.50,
 Aftenänder a 15.—, Feder a 6.50,
 Ofenhefte a 7.—, Barmherzigkeit a 6.50,
 u. c. Von Gemüthlichem sendet Zeichnungen
Constantin Decker, Stolp i Pom.

Nur echte Zeltower Mütchen
 verbindet das Postpaket franco unter Nachnahme
 für 2.30 Mt., per Bahn 50 Pfd. 6 Mt., 100
 Pfd. 11.50 Mt. excl. Fracht.
 Mäthenverlandsgeschäft **Franz Weber,**
Stahnsdorf bei Zeltow.

Lanolin Toilette-Lanolin

der Lanolinfabrik, Hartinkontakto a. Berlin.
Vorzüglich zur Pflege der Haut, **Wundheilung**
 zur Wundheilung und **Wundheilung**
Vorzüglich zur Erhaltung der **Wundheilung**
 unter dem Namen **Wundheilung**
 besonders bei **Wunden**
 zu haben in **Antiquitäten** a 40 Pf., in
Wundheilung a 20 und 10 Pf. in der
Wundheilung, in den **Wundheilung**
 von **Wundheilung** u. **Wundheilung**.

Uhren und Schmuckfachen

in Gold, Double u. Silber
 bringt in empfehlende Erinnerung
Wilh. Schüler, Uhrmacher,
Neumarkt Nr. 20.

Gesang-Verein.

Freitag 7 und 7 1/2 Uhr letzte Übung
 im **Zivoli** zum Concert am **Lebensfest**.
Schumann.

Vorband Deutscher Handlungsgesellen.

Vergnügungsverein.
Donnerstag abends 9 Uhr im **Zivoli**
Versammlung.

Mollschuh-Club.

Freitag **Abend-Übungsabend.**
Städtische Pflicht-Feuerwehr.
Montag den 20. November **ca.**
 abends 8 Uhr, **Übung** für **sämmtliche**
 Mannschaften in der **städtischen Turnhalle**,
 Der **Brand-Director**,
Rohr.

Kaiser-Wilhelms-Halle.

Heute und folgende Tage
grosse humoristische
Gefangs-Vorträge
 von 5 **scheidigen jungen Damen**,
 sowie **Kritiken** des **bekanntesten**
Zauberfürstlers Paaderinos
 in seinen **framerregenden Leistungen**.
 Anfang 7 Uhr.
 Hierzu **Label** ergebenst ein

die **Direction.**

Saale-Schlößchen.

Heute (**Donnerstag**) **Schlachtefest**.
 Früh von 9 Uhr an **Wellfleisch**, abends **Brat-**
 und **frische Wurst**.
 NB. Alle Sorten **frische** und **geräucherter**
Wurst, sowie **fr. Knackwurst** ff. empfiehlt
G. Sack.

Café-Haus Wenzhan.

Heute **Donnerstag**
Schlachtefest.

G.-C. „Reiterkell“.

Donnerstag den 16. November
Versammlung. **Funkenburg.**

Gasthof „Drei Kronen“.

Heute **Abend** 6 Uhr ff. **Schlachtefest** mit
Meerrettig ff. Bier ff.
Adlungswoll **Albert Lippold.**

Gasthof „Drei Kronen“.

Morgen **Freitag** **Schlachtefest**.
 Früh **Wellfleisch**, abends **frische Wurst** und
Wurst, auch **außer dem Hause**.
Albert Lippold.

Badel's Restauration.

Morgen **Freitag** **Schlachtefest.**

Zur Stadt Leipzig.

Heute **Donnerstag** den 16. Novbr.
Große Kirmeh.

Sollte **Jemand** von **meinen** **Freunden** und
Gönnern mit **dem** **Circular** **übergangen** sein,
 so **lade** ich **hiermit** **nochmal** **ergebenst** ein.
Adlungswoll
Friedrich Grosse.

Tiefer Keller.

Samstag den 18. Novbr.
Schlachtefest.
 früh 9 Uhr **Wellfleisch**, abends **Brat-**
 und **frische Wurst**, wozu **ergebenst** einladet
A. Kohlhardt.

Freitag Schlachtefest.

Ferd. Dahn.

Gesangverein Echo.

Den **Mitgliedern** des **Vereins** **nochmal** **zu**
Kennntlich, daß **das**
Vereins-Kränzchen
am **19. d. M.** in **den** **Räumen** **des** **Zähringer**
Saales **stattfindet**. **Säße** **sind** **willkommen**.
Der **Vorstand.**

10 Pf. Ganderheimer 10 Pf. Sanitätskafee.

Ein **Dienst** **abgeben** von **16** bis **17** **Jahren**,
 am **18ten** **vom** **Land**, **sucht**
Neumarktsmühle.

Verloren

1 **Cravatten** **adel** mit **geschliffenem**
Crystallstein. **Finder** **erhält** **Belohnung**
Dammstraße **4 I.**
Hierzu **eine** **Beilage.**

Provinz und Umgegend.

† Zwickau, 14. Nov. In Jöhlich hat nach der Gall. Jg. ein siebenjähriger Knabe sein ihm zur Aufsicht übergebenes einjähriges Bräutchen in der Stube mit dem Gewehr seines Vaters erschossen. Nachdem er den Leichnam in die Wiege gelegt hatte, noch der kleine Mörder. — Nach einer Jagd in Burkersdorf traten die Jäger zusammen; um nach Hause zu gehen. Das Gewehr des Gutsbesizers Junke entlud sich plötzlich und der Schuß verletzte den Gutsbesitzer Wesel so sehr, daß letzterer nach 3 Stunden todt war.

† Kübersdorf bei Kraßdorf, 12. Nov. Bei einer vorgestern Morgen in hiesiger Flur abgehaltenen Jagd wurde die Dienstwage des Landwirts U. hier von einem Geraer Jagdschützen in die Brust und in den Arm geschossen. Das Dienstmädchen war beauftragt, ihren Herrn, welcher beim Jagdpersonal war, zum Heimgehen zu veranlassen.

† Magdeburg, 14. Nov. Ein Postkassafner, der bereits 36 Jahre im Dienste steht, hat auf der Fahrt von Leipzig hierher vier Gelbbriefe mit dem Gesamtbetrage von 9000 Mk. sich angeeignet. Die That wurde entdekt und der Postkassafner sofort verhaftet.

† Schnebeck, 14. Nov. In der Feldmark Gieckendorf traf am Sonntag Nachmittag der Gendarm N. O. aus Göttha auf einem Patrouillenritte mit einem Wildbiebe zusammen. Der Wildbieb rief dem Gendarmen, ehe dieser ihn noch bemerkte, ein Halt zu, der Gendarm rief aber auf denfelben zu. Da gab der Wildbieb zwei Schüsse ab, die Pferd und Reiter trafen, aber doch nicht lebensgefährlich verwundeten. Zwei weitere Schüsse verfehlten ihr Ziel. Der Wildbieb ergriff dann die Flucht nach Borna zu und ist in dem Nebel entkommen, obgleich sofort Mannschaften zur Verfolgung aufgeboten wurden.

† Gardelegen, 14. Nov. Die Leglinger Hofsjagden seien, wie die „Magd. Ztg.“ mittheilt, in diesem Jahre ein Jubiläum; 50 Jahre sind in diesem Herbst verfloßen, seitdem die Hofsjagden in der Leglinger Heide, die seit Anfang dieses Jahrhunderts gerudt hatten, im Herbst 1843 wieder aufgenommen wurden. Schon mehr als drei Jahrhunderte ist die Heide, die einen Waldcomplex von 28 677 Sectaren mit 5 Oberförstereien umfaßt, Jagdrevier des Hauses Brandenburg. Wenn sie wieder zu den ersten Jagdrevieren in Preußen zählt, so ist dies besonders da Fürst Friedrich Wilhelm IV. zu danken, der bei Gelegenheit einer Reise durch die Altmark auch Leglingen besuchte und das Schloß wieder wohnlich einrichtete. Am 10. October 1843 fand die erste Hofsjagd statt, zu der sich außer dem Könige noch Prinz August von Württemberg, der Minister Graf Stolberg und andere hohe Herren eingefunden hatten. Das Ergebnis waren 15 große Säuen und 15 Stück Damwild. Die Jagd hatte gefallen, der Wildstand wurde gepflegt und das Schloß von Grund aus erneuert. Kaiser Wilhelm I. nahm im October 1845 als Prinz von Preußen zum ersten Mal an der Leglinger Hofsjagd theil und schenkte ihr auch später ein großes Interesse. Er hat die Jagden unter seiner Regierung alljährlich fortgesetzt und erst als deutscher Kaiser in Leglingen zum ersten Male am 16. November 1871; am gleichen Tage in diesem Jahr wird sein Enkel mit seinen Säften in das herrliche Jagdrevier hinausziehen.

† Dberdöblingen a. S., 12. Nov. Die Vorarbeiten zur Entwässerung sollen der Hauptfache nach gegen Weihnachten fertig gestellt sein. Der große Ringkanal, der um den ganzen See herum erbaut werden soll, reicht gegenwärtig von der Mündung der Weida bis zur Pumpstation am Düfer. Letztere wird zu Weihnachten jedenfalls betriebsfähig sein. Die Zahl der gegenwärtig am See beschäftigten Arbeiter beträgt 400, ein Theil derselben hat in dem Langsaal des früheren „Badehotels“ bei Wanzleben sein Nachtlager aufgeschlagen.

† Artzen, 12. Nov. Während der diesjährigen Jäger-Campagne ist in hiesiger Stadt der Fuhrwerksverkehr so stark, daß die Eltern sich nicht getrauen, ihre Kinder auf die Straße zu lassen, und daß Passanten, die über die Straße wollen, nicht selten längere Zeit stehen bleiben und warten müssen. In Folge dessen hat die Polizei angeordnet, daß nicht mehr als 2 Wagen unmittelbar hintereinander fahren dürfen und daß stets zwischen je 2 Wagen ein Abstand von 6 Metern zu lassen ist. — Diese Verordnung wäre auch in anderen Städten recht am Platze.

† Leipzig, 14. November. Die bauern die Gewerbeausstellung bietet auch zur Winterzeit viel des Interessanten. Die Räume sind gefüllt und es finden an bestimmten Tagen nicht allein Vorführungen verschiedener Maschinen statt, sondern es ist die zweckmäßige Einrichtung getroffen, daß Mittwoch nachmittags Vorführungen veranstaltet werden, die

besonders für die Damen von Interesse sind. Der nahen Weihnachtszeit wegen werden außerdem auch verschiedene Handfertigleiten gezeigt.

† Leipzig, 12. Nov. Eine heitere Geschichte ist kürzlich in einem Vororte passiert. Dort treibt ein alter Sontberling, trotz notorischen Reichthums, den er an den verschiedensten Orten aufzubewahren pflegt, ein Trödelgeschäft. Unter anderem hatte er auch einen ganz zerlumpten Pelz in einem Winkel des Pferdealles untergebracht, und als er eines Tages dem Knechte den Befehl gab, den Stallbänger abzuführen und alles rein zu waschen, erbarmte sich dieser auch über das alte Kleidungsstück, das er mit auf den Dungwagen lud und auf dem Felde zwischen der Gasanstalt und Güttrich abwarf. Dort lag der Pelz elf Tage lang, bis der Besitzer ihn vermißt hatte. Mit Windeseile flog er hinaus nach dem Felde und fand auch richtig in der Tasche des Pelzes einen dort verborgenen Schatz — 15 000 Mk. in Staatspapieren — wieder.

Localnachrichten.

Merseburg, den 16. November 1893.

** Im großen Saale des „Zwoll“ findet am nächsten Freitag Abend 1/9 Uhr eine vom Vorstand des Bürger-Vereins für sädtische Interessen einberufene öffentliche Wähler-Versammlung statt, in welcher die Candidatenliste für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen aufgestellt werden soll. Ein zahlreiches Erscheinen der Wahlberechtigten liegt vollständig in den Wünschen des Bürger-Vereins, der sich seit Jahren der bankrottverworfenen Mäße unterzieht, die Agitation bei diesen Wahlen in Fluß zu bringen und der seinen Zweck dann am besten erreicht sieht, wenn der Meinungsaustausch in dieser Wählerversammlung ein recht lebhafter wird. Die Namen der am Freitag aufgestellten Stadtverordneten-Candidaten werden rechtzeitig zur Kenntniß der Bürgerschaft gebracht.

** Im kleinen Saale der „Reichskrone“ tagte am Dienstag Abend der hiesige Hausbesitzer-Verein unter seinem Vorsitzenden, Herrn Gef. Inspector a. D. Lindenstein und nahm nach kurzer Einleitung und der Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung einen Vortrag des Subdirectors der Ebersfelder Haftpflicht-Versicherung-Gesellschaft, Herrn Heinrichs, über Haftpflicht, Versicherung entgegen. Redner hob hierbei zunächst die besonderen Vortheile hervor, welche die von ihm vertretene Gesellschaft den Mitgliedern der Hausbesitzer-Vereine dadurch gewährt, daß die Versicherungsprämie auf die Hälfte der sonstigen Höhe herabgemindert ist und daß alle lästigen Bedingungen, welche den Abschluß des Geschäfts erschweren, in Wegfall kommen. Die Gesellschaft übernimmt sonach die volle Entschädigung für alle Schäden bis zu 20 000 Mk. Abfindung und tritt selbst bei Naturereignissen ein, die Schadenersatzansprüche bis zu 60 000 Mk. verursachen. Dabei übernimmt die Gesellschaft die Regulierung der Erbschaftsprämie und deren event. gerichtliche Festsetzung durch alle Instanzen, so daß dem Versicherten jede unangenehme Lauferei erspart bleibt. Die Versicherung erstreckt sich auch auf die Dienstboten des Hauses, ebenso sind Unfälle, welche bei kleinen baulichen Veränderungen vorkommen, eingeschlossen. Die Dauer jedes Versicherungsabschlusses beträgt 5 Jahre, nach deren Ablauf der Vertrag stillschweigend weiterläuft, falls er nicht gekündigt wird. Die Prämie soll für Merseburg im Minimum 5 Mk. betragen; im Uebrigen richtet sich dieselbe nach dem Miethbetrage des versicherten Grundstücks und den besonderen Verhältnissen desselben. An den Vortrag knüpfte sich eine ziemlich lebhafte Debatte, in welcher der stellvertretende Vorsitzende, Hr. Hauptmann a. D. Wächter die Minimalprämie als zu hoch bekämpfte, im Ganzen aber die Bedingungen der Gesellschaft als solid anerkannte. Herr Heinrichs gab hierauf die Versicherung, daß er hinsichtlich der Minimalprämie für Merseburg schon alles gethan habe, was er habe thun können, um die Prämie herabzumindern, eine weitere Herabsetzung aber voraussichtlich nicht zu erreichen sein werde. Im ferneren Verlauf der Verhandlungen wurden noch Aufschlüsse über verschiedene unklare Punkte gegeben und eine Reihe Fragen beantwortet, die man aus der Mitte der Versammlung stellte. Aufsehtig anerkannt wurde die Nothwendigkeit für jeden Hausbesitzer, sich gegenüber den Anforderungen des Haftpflichtgesetzes zu versichern, um so erhebliche Vermögensschädigungen von sich fernzuhalten. Zur Vermittelung der Versicherung seiner Mitglieder erklärte sich der Vorstand des Hausbesitzer-Vereins bereit, auch wird derselbe Herrn Heinrichs ein Verzeichniß der Mitglieder übergeben, damit derselbe bei künftigen noch persönlich vorkommen kann. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl, über welche Herr Hauptmann a. D. Wächter referirte. Die Wünsche des Vereins concentrirten sich hier-

bei auf die Wiederwahl der ausscheidenden Stadtverordneten und die Auswahl des Herrn Rechtsanwalt Gändorf. Die Anwesenden erklärten sich hiermit einverstanden und beschloßen, in diesem Sinne an den Wahlen theilzunehmen. Kurz nach 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

** Im „Zwoll“ feierte am Dienstag Abend der Gesangsverein „Lya“ sein 15. Stiftungsfest durch Concert, Theater und Ball. Ersteres setzte sich aus Musik- und Gesangsstücken zusammen, unter denen namentlich das Hausmann'sche Gedicht „Des Liebes Heimath“ für Männerchor, Soli und Orchester, componirt von Pache, als anerkannterwerthe Leistung besonders hervorragte. Reichen Beifall erntete auch die gelungene Durchführung der reizenden Gesangsposse „Besorgt und aufgehoben“ von Salinger, die das Publikum in die heiterste Stimmung und rosigste Laune versetzte. Der nachfolgende Ball verlief in hergebrachter Gemüthlichkeit und füllte die Festgenossen bis zum Morgen an die göttlichen Räume.

** Zur Sonntagsruhe. Das Kammergericht fällt am 9. d. M. eine für die Inhaber von Geschäften wichtige Entscheidung. Ein Conditior Kodo in Berlin hatte an einem Sonntag gegen 1 1/2 Uhr nachmittags während der Besuchszeit die Schaufenster nicht verhängt. Er erhielt ein Strafmandat, da er die Polizei-Verordnungen vom 20. November 1844 und 24. November 1853 übertreten habe. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten, während die Strafkammer ihn freisprach. Die Strafkammer war der Ansicht, daß jene Polizei-Verordnungen durch die Anweisung des Ministers vom 10. Juni 1892 beseitigt worden seien. Letztere besagt, daß während der Zeit, wo der kaufmännische Verkehr ruht, Waaren nicht zur Schau gestellt werden sollen. Hieraus zog die Strafkammer den Schluß, daß während der Zeit, wo der Betrieb nicht ruht, Waaren zur Schau gestellt werden dürfen. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft erfolgreich Revision ein. Das Kammergericht erklärte die oben erwähnte Polizei-Verordnung für noch rechtsgiltig und verurtheilte den Angeklagten zu einer Mark Strafe. — Hiernach sind also alle Polizei-Verordnungen über das Verhängen der Schaufenster während des Sonntags noch in Kraft.

** Da es häufig vorkommt, daß Lehrlinge wegen geringer Züchtigungen davonlaufen und bei den Eltern Klage führen, machen wir darauf aufmerksam, daß der Lehrling nach § 127 der Gewerbeordnung der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen ist, und das Züchtungsgerecht diesem dabei in gleichem Maße wie den Eltern zusteht. Wie weit dasselbe ausgedehnt werden kann, ist aus § 96 Tit. 3 A. 2 des Allgemeinen Landrechts ersichtlich, nach welchem „die Eltern berechtigt sind, zur Bildung der Kinder alle der Gesundheit derselben ungeschädlichen Zwangsmittel zu gebrauchen.“ Die Grenze des Zwangsmittels ist also durch dessen Unschädlichkeit gegeben. Erst wenn diese Grenze überschritten wird, liegt ein Mißbrauch des Züchtungsrechts vor.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

§ Schkeuditz, 13. November. Bei den heutigen Stadtverordneten-Wahlen wurden gewährt resp. wiedergewählt von der 3. Abtheilung die Herren: Kunstgärtner Bönick und Kürschnermeister Bägold; von der 2. Abtheilung die Herren: Kaufmann Nießkamm und Kaufmann Zanzen; von der 1. Abtheilung die Herren: Mauermeister Feiniger, Brauereibesitzer Hoffmann und Kaufmann Nühl. Die Beibehaltung an der Wahl war besonders in der 3. Abtheilung eine geringe. — Am Freitag Abend sind hier der angeblühte Barbier Julius Dreßler und Frau Anna Falke von hiesigen Polizeibeamten festgenommen worden, nachdem sie bei den Geschäftselementen Zinke, Walther (Mühlstraße), Rittweger (Leipziger Straße), Baumgwis und Zeuner theilweise erhebliche Raubdiebstähle ausgeführt hatten. Die Diebe scheinen reisende Gauner zu sein. Beide Personen sind dem hiesigen königlichen Amtsgericht zur Verurteilung überliefert worden.

§ Auf der Strafe von Deßch nach Lützen kam am Dienstag der Geschirrführer J. aus Teubitz dadurch zu schaden, daß der Dienstknecht J. denselben mit seinem Wagen überhoben wollte, dabei aber J. zu Boden warf, so daß er unter die Räder der beiden Wagen gerieth und dem Aermsten ein Bein völlig germalmt wurde.

§ Auf dem Rittergut Delitz a. B. war am Sonntag früh auf einem Futterboden Feuer ausgebrochen, das jedoch von dem Personal des Gutes nach kurzer angestrengter Arbeit gelöscht wurde.

§ In Dberkietzgedt wurde am Sonnabend der verlahrte Briefträger Schmeer auf seinem Dienstgange von einem Reitenhunde, der sich losgerissen, am Antelgelenk verletzt; auch riß das wüthende Thier die Kleidung des Beamten in Fetzen. Gegen den Besitzer des Hundes ist Anzeige erstattet worden.

Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Heraultträger.
1 Mark 35 Pfg. durch die Post.

N. 227.

Donnerstag den 16. November.

1893.

Die neue Reichstagsession.

Am heutigen Tage tritt der am 15. Juni gewählte Reichstag zu seiner ersten Geschäfts-session zusammen. Die acht Sitzungen, welche das Haus im Juli über die Militärvorlage gehalten, haben zwar ein politisch in hohem Grade bedeutungsvolles Ergebnis gehabt; die Annahme der von dem früheren Reichstage abgelehnten Militärvorlage. Aber da die Verhandlungen sich ausschließlich auf die Frage: annehmen oder ablehnen bezogen, so hat der Reichstag im Uebrigen seine Tätigkeit gehabt, zu zeigen, was Geldes Kind er ist. Zunächst hat er der bevorstehenden Session die Entscheidung der Frage überlassen, auf welchem Wege die Kosten der Heeresvermehrung in Zukunft bestritten werden sollen. Im Juli war zur Erörterung dieser Frage, die, nebenbei bemerkt, auch bei allen früheren Einreichungen über militärische Organisationsfragen offen gelassen worden ist, seine Zeit, und im Uebrigen ist es nach der Verfassung selbstverständlich, daß wenn eine Verhängung über eine anderweitige Bedingung nicht zu Stande kommt, die Mehrausgaben durch Mittelnbeiträge der Einzelstaaten zu decken sind. Die Kosten der Militärvorlage für das Halbjahr 1. October 1893 bis 31. März 1894 in Höhe von 22 Millionen Mark fallen also den Einzelstaaten zur Last. In der Juli Session ist nur im Prinzip durch die Erklärung des Reichskanzlers festgehalten worden, daß die Kosten in Zukunft möglichst den härteren Schultern aufgelegt werden. Der ganze Verlauf der Wahlbewegung ließ erkennen, daß die überwiegende Zahl der Wähler die früheren Bedenken gegen die Militärvorlage unter dieser Voraussetzung und unter derjenigen der dauernten Festhaltung der zweijährigen Dienstzeit zurückdrängt hat. Es wird die erste Aufgabe des Reichstags in der bevorstehenden Session sein, die neuen Lasten den härteren Schultern aufzulegen. Vor allem aber muß auch die Reichsregierung wieder auf den schon im Herbst 1892 eingeschlagenen Weg eintreten, zunächst die aus den Erträgen der Branntweinsteuer fließenden 40 Millionen Verlebensgabe für die Branntweinsteuer, welche das Gesetz von 1887 eingeführt hat, in die Reichskasse zurückfließen zu machen. Die weiteren 15—20 Millionen Mk., welche die Militärvorlage erfordert, können dann ja durch eine stärkere Eranzüchtung des Börsenverkehrs zu den Reichsteuern gedeckt werden. In den zur Zeit in Aussicht genommenen neuen Reichsteuernprojekten der Regierung ist die Absicht, die schwächeren Schultern zu schonen, wenig zu erkennen. Die neue Tabakfabriksteuer kann einen Mehrertrag von 40—50 Millionen Mk. nur bringen, wenn die billigeren Tabake, die 80 Prozent des gesamten Verbrauchs ausmachen, die Hauptlast tragen. Eine so starke Mehrbelastung des Verbrauchs muß aber einen erheblichen Rückgang derselben nach sich ziehen und dadurch die gesamte Tabakindustrie schwer schädigen. Man berechnet allein die Zahl der drohend werdenden Cigarrenarbeiter auf 40—50 000! Die Fassung, in welcher das Reichsteuernprojekt vorgelegt wird, steht endgiltig noch nicht fest. Die süddeutschen Staaten erheben Landessteuern vom Wein. Von Reichsteuern sollen ihnen diese mit der Beschränkung verbleiben, daß der Reichsteuer nur die Weine, die von den wohlhabenderen Klassen konsumiert werden, unterliegen. Die Grenz zwischen Landessteuern und Reichsteuern ist noch freizig. Werden die Weine in dem Werth von 50 Mk. das Hektoliter und mehr der Reichsteuer unterworfen, so trifft diese in den Weinbauern auch das Getränk des kleinen Mannes; wird die Grenze höher gesetzt, so bleibt für das Reich nur die wenig ergebliche Besteuerung der feinen Weine übrig. Der Mehrertrag der Tabaksteuer ist auf 45, die Einnahme aus der Weinsteuer auf 17 Millionen veranschlagt, darnach müßte also die Erhöhung der Besteuerung der Reichsteuern auf 17 Millionen durch Umpfand, Umschlag, Lotterien, Dattungen, Erbschaft- u. w. Stempel nicht weniger als 38 Millionen in die Reichskasse liefern, falls nach dem Plan des



haben. Die in dem Vertrage mit Oesterreich-Ungarn erfolgte und allen Vertragsstaaten zu Gute kommende Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3 1/2 Mark für die nächsten 12 Jahre ist der Ausgangspunkt einer großen, gegen die Caprivio'sche Handelspolitik gerichteten agrarischen Bewegung geworden. Das Zusammenstreifen dieser Zollermäßigung mit einem Rückgang der Getreidepreise in Folge guter Ernten hat den Agrarier, die in der Politik des „neuen Kurses“ eine Vernachlässigung ihrer Sonderinteressen sehen, einen wirksamen Hebel in die Hand gegeben, um die deutschen Landwirthe im „Bund der Landwirthe“ zu einem Stimmverlauf gegen den Grafen Caprivi zu organisieren. Die Erfolge, welche die Agitation des Bundes bei den Neuwahlen zum Reichstage und neuerdings bei den preussischen Landtagswahlen gehabt, werden die Agrarier im Reichstage anspornen, das Aeußerste zu wagen, um diesen Reichskanzler zu beseitigen und selbst das Steuerzuder in die Hand zu bekommen. Ebeling das nicht, so wird die agrarische Fluth sich eben so schnell wieder verlaufen, wie sie gekommen ist. Die deutschen Landwirthe werden dann sehr bald erkennen, daß auch die Quacksalbermittel, mit denen der Bund der Landwirthe operirt, nicht im Stande sind, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe zu treiben und dann werden unsere Landwirthe — leider zu spät! — begreifen, daß sie eine lothbare Zeit verloren haben und daß die Besserung der Lage der Landwirtschaft nur die Wirkung eines rationalen Betriebes sein kann. Nach der einen wie nach der andern Seite wird die bevorstehende Session des Reichstags ausschlaggebend sein.

Politische Ueberst.

Der Oesterreichische Reichsrath ist zum 23. November wieder einberufen worden. — Graf Kalnoky, der Oesterreichische Minister des Auswärtigen, ist am Dienstag in Mailand eingetroffen. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hätte Graf Kalnoky angekündigt, ob er sich dem König und der Königin vorstellen dürfe, worauf der König den Grafen zu Mittwoch nach Monza eingeladen habe. Auf eine Einladung des Königs wird auch der italienische Minister des Auswärtigen, Biondi, dem Empfange beiwohnen.

rin hat sich zu diesem Zwecke bereits nach Mailand begeben. — Der ungarische Kultusminister Graf Csáky ist Meldungen Beker Blätter zufolge im Nachfolger des Präsidenten des Oberhauses und Konsulters, Freiherrn Bay von Baja, welcher seines hohen Alters wegen auf seinen Rücktritt drängt, auszuweichen. Graf Csáky werde entweder sofort oder nach der förmlichen Einbringung des Gesetzesentwurfes aus dem Kabinete auscheiden. Als sein Nachfolger ist Graf Julius Anbáffy bezeichnet.

Ueber Anarchistenverhaftungen in Frankreich wird Folgendes gemeldet: In Perpignan nahm die Polizei den Italiener Antonio Rinaldi, welcher aus Barcelona daselbst eingetroffen war, fest, in dem mit ihm vorgenommenen Verhör erklärte er, anarchist zu sein. Man glaubt, daß Rinaldi der Urheber des Attentats in Lizaro Lico in Barcelona sei, doch leugnet er jede Theilnahme an demselben. — In Besançon wurden zwei Anarchisten wegen Verbreitung von Plakaten verhaftet, in denen das Attentat in Barcelona verherrlicht wird.erner hat die französische Regierung einen Beamten nach Spanien geschickt mit dem Auftrage, über das Verleben der in Barcelona verhafteten französischen anarchistischen Nachforschungen anzustellen. Man glaubt, dieselben dürften dahin führen, daß die Publikation gelangt wird. — Auf den früheren serbischen Studenten in Paris, Georgiewitsch, wurde bei der Uebersetzung durch Paris, als er in einem Restaurant Rue des Petits Champs dinstete, ein Attentat versucht gemacht. Ein Schuhmacher brachte ihm mit nem Schufteresser einen Stein in die rechte Seite. Die Verwundung ist nicht sehr schwer. Der Urheber des Attentats wurde verhaftet. Der Attentäter heißt Laubier. Man vermuthet, er sei geisteskrank. Einzelne Blätter glauben, es handle sich um ein anarchisches Attentat. Der Zustand Georgiewitsch hat sich etwas verschlimmert, ist aber keineswegs lebensgefährlich.

Bezüglich einer Station für das russische Witzelmeergeschwader in griechischen Gewässern hat Admiral Avelone Verhandlungen mit der griechischen Regierung angeknüpft. Die Wahl wird entweder auf Milo oder auf Navarin fallen.

Zur Revolution in Brasilien wird gemeldet, daß einer der hervorragendsten Admirale der brasilianischen Flotte, der Gama, sich den Aufständischen angeschlossen hat und jetzt die Operation von Rioleiter. Einem Beispiel sind mehrere Land- und Seesoldaten gefolgt. — Wie der „World“ aus Rio de Janeiro vom 8. d. M. gemeldet wird, haben die Aufständischen das Arsenal von Santa Lucia angegriffen. Eine Stunde lang wurde in der Nähe des Hospitals gekämpft, wobei das Hospital von zahlreichen Kugeln getroffen und mehrere Kranke verwundet wurden.

Zum Präsidenten der serbischen Skupschtina wurde der Rabitate Pasitsch gewählt, zu Vizepräsidenten die Rabitales Katitsch und Bulkovitsch. — Wegen der Unterschleife, die serbische Beamte mit gefälschten Marken, Wechselbanknoten u. s. w. Jahre lang zum Schaden der Staatskasse verübt haben, sind bisher zwanzig Verhaftungen vorgenommen worden und weitere stehen im ganzen Lande bevor, da die Fälscher in den meisten Städten Verkaufsstellen eingerichtet hatten. Der dem Staate zugefügte Schaden übersteigt nach den bisherigen Ermittlungen schon 1 Million Francs.

Die Niederlage der Demokraten bei den amerikanischen Staatswahlen stellt sich nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse als eine unerwartet große heraus. Im Staat New York, wo die Demokraten seit sechs Jahren gesiegt haben, erlangten diesmal die Republikaner eine Mehrheit von 80 000 Stimmen. In Brooklyn ist der Republikaner Schieren mit einer Mehrheit von 28 647 Stimmen gegen den Demokraten Boby zum Mayor gewählt worden. Die republikanische Mehrheit in der Legislatur des Staates New York beträgt 16. Die Republikaner haben auch in Iowa